



**Stefan Hauf**

ist Volkswirt und leitet seit August 2016 die Gruppe „Inlandsprodukt, Input-Output-Rechnung“ des Statistischen Bundesamtes, die für die Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts, die Vermögensrechnung sowie die Input-Output-Rechnung zuständig ist.



**Dieter Schäfer**

ist Diplom-Volkswirt und leitet seit Oktober 2017 die Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“ des Statistischen Bundesamtes, die für die Verteilungsrechnung, die Sektorenrechnung sowie die Erwerbstätigenrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig ist.

## BRUTTOINLANDSPRODUKT 2017

Stefan Hauf, Dieter Schäfer

↘ **Schlüsselwörter:** Volkswirtschaft – Konsum – Investitionen – Außenbeitrag – Einkommen – Staat

### ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Artikel gibt einen ersten Überblick über die Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft des Jahres 2017. Die deutsche Wirtschaft ist auch im Jahr 2017 kräftig gewachsen. Insgesamt stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt merklich stärker als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Der seit zwölf Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich auch im abgelaufenen Jahr fort. Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten nahezu alle Wirtschaftsbereiche positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2017 beitragen. Wachstumsimpulse kamen primär aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren ebenso wie die staatlichen Konsumausgaben preisbereinigt höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Haushalte erzielten einen Rekordüberschuss.

↘ **Keywords:** national economy – consumption – capital formation – balance of exports and imports – income – general government

### ABSTRACT

*This article provides a first overview of the development of Germany's economy in 2017. The German economy increased strongly again in the year 2017. Overall, the increase in the price-adjusted gross domestic product was well above the average of the last ten years. The growth in employment observed over the last twelve years continued in 2017. The production approach shows that nearly all sectors contributed positively to the economic development in 2017. Positive growth impulses mainly came from domestic activities: price-adjusted private consumption expenditure and government consumption expenditure were both higher than a year earlier. The general government budgets achieved a record surplus.*

1

**Einleitung<sup>1</sup>**

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des gerade abgelaufenen Jahres 2017. Die Berechnungen beruhen auf den bis Anfang Januar 2018 verfügbaren Informationen, die zum Teil noch sehr unvollständig sind. Die Werte für den Dezember 2017 wurden geschätzt, die Daten für den November beruhen ebenso nahezu vollständig auf Schätzungen. Auch für die davor liegenden Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen Fällen noch lückenhaft. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 11. Januar 2018 als Pressemitteilung und in einer Pressekonferenz vorgestellt sowie in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung 2017“, veröffentlicht ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)). Dieser frühe Termin erklärt sich unter anderem daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bereits zum Jahresanfang eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorgelegt werden muss. Die aktuellen amtlichen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Ausgangsgröße für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich, deren Ergebnisse wiederum die Eckdaten für die Steuerschätzungen bilden. Wegen des erwähnten hohen Schätzanteils vor allem im vierten Quartal 2017 werden zu diesem frühen Zeitpunkt nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2017 veröffentlichten Ergebnisse kann generell nicht auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen einiger Größen für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bereitgestellt werden. Mit ersten Angaben für das Jahr 2017 ist hier voraussichtlich Ende März 2018 zu rechnen. Ausführliche Informationen

1 Die beiden Autoren danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für ihre wertvolle Unterstützung bei der Erstellung dieses Aufsatzes.

zu regionalen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden sich im Internet-Angebot des Arbeitskreises unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de).

Alle in diesem Aufsatz präsentierten Ergebnisse basieren auf den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010, auf das die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland im Rahmen der Generalrevision 2014 im August/September 2014 umgestellt wurden (Räth/Braakmann, 2014).

2

**Bruttoinlandsprodukt und Produktionsfaktoren**

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes konnte die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2017 den Wachstumskurs weiter fortsetzen. Das Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2017 in jeweiligen Preisen gerechnet zum dritten Mal in Folge mehr als 3 Billionen Euro: Mit 3 263,4 Milliarden Euro war es um 3,8% höher als im Vorjahr. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,4% und betrug im Jahr 2017 durchschnittlich 39 475 Euro. Die Bevölkerungszahl ist nach ersten Schätzungen im Jahresdurchschnitt 2017 um 0,4% gestiegen. Die wesentliche Ursache hierfür ist eine erhöhte Nettozuwanderung. [↘ Tabelle 1](#)

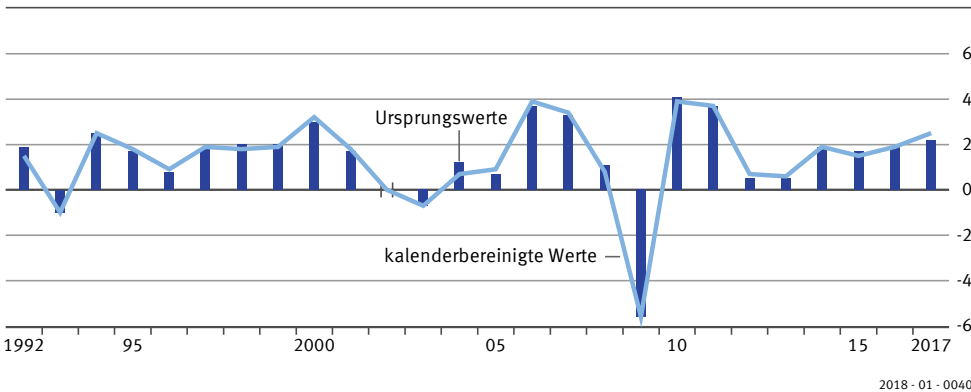
**Tabelle 1**  
Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt <sup>1</sup>	Bruttonationaleinkommen (Spalte 1 + 2)
	1	2	3
<b>in jeweiligen Preisen</b>			
Mrd. EUR			
2015	3 043,7	56,1	3 099,8
2016	3 144,1	53,1	3 197,2
2017	3 263,4	60,7	3 324,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	in %	in Mrd. EUR	in %
2016	+ 3,3	- 3,0	+ 3,1
2017	+ 3,8	+ 7,6	+ 4,0

1 Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleisteter Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

**Grafik 1**

**Bruttoinlandsprodukt**  
preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war im Jahresdurchschnitt 2017 um 2,2% höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2016 um 1,9% und 2015 um 1,7%. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3% lag. ➔ Grafik 1, Tabelle 2

**Tabelle 2**

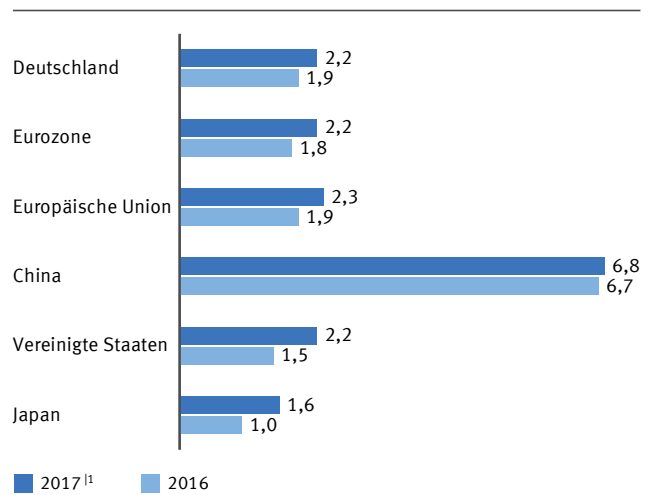
**Bruttoinlandsprodukt**

	Preisbereinigt, verkettet	Kalenderbereinigt
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
2000	+ 3,0	+ 3,2
2001	+ 1,7	+ 1,8
2002	+ 0,0	+ 0,0
2003	- 0,7	- 0,7
2004	+ 1,2	+ 0,7
2005	+ 0,7	+ 0,9
2006	+ 3,7	+ 3,9
2007	+ 3,3	+ 3,4
2008	+ 1,1	+ 0,8
2009	- 5,6	- 5,6
2010	+ 4,1	+ 3,9
2011	+ 3,7	+ 3,7
2012	+ 0,5	+ 0,7
2013	+ 0,5	+ 0,6
2014	+ 1,9	+ 1,9
2015	+ 1,7	+ 1,5
2016	+ 1,9	+ 1,9
2017	+ 2,2	+ 2,5

Dank einer starken Binnennachfrage und einer hohen Nachfrage nach deutschen Gütern aus dem Ausland liegt die deutsche Wirtschaft 2017 mit einem Wachstum von +2,2% im europäischen Durchschnitt. Für die Europäische Union (EU) insgesamt (EU-28) geht die Europäische Kommission in ihrer Herbstprognose von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,3% aus, für die 19 Länder der Eurozone rechnet sie mit einem BIP-Wachstum von 2,2%. Für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten erwartet die Kommission mit +2,2% ein etwas niedrigeres BIP-Wachstum als für die EU (+2,3%). Im Jahr 2016 war der Abstand zwischen den beiden Wirtschaftsregionen noch größer gewesen: Das reale BIP der Vereinigten Staaten war im Jahr 2016 um 1,5% gestiegen, das reale BIP der EU-28 hatte um 1,9% zugenommen. Nach zwei Jahren mit negativen Wachstumsraten erwartet die Europäische Kommission im Jahr 2017 mit +1,7% auch für die Russische Föderation einen soliden Anstieg der Wirtschaft.

**Grafik 2**

**Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



<sup>1</sup> Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2017, außer für Deutschland. Für Deutschland erstes vorläufiges Ergebnis.

schaftsleistung. Für China wird 2017 ein weiterhin starkes Wachstum von 6,8% prognostiziert. Für Japan geht die Kommission davon aus, dass die Wirtschaft im Jahr 2017 weiter Fahrt aufnimmt (+1,6%). [↘ Grafik 2](#)

Im Jahresdurchschnitt 2017 wurde die Wertschöpfung im Inland durch 44,3 Millionen Erwerbstätige geleistet. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland lag um 638 000 Personen oder 1,5% über dem Jahresdurchschnitt 2016. Der seit zwölf Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich damit auch im Jahr 2017 fort. Darüber hinaus ist aktuell auch eine gesteigerte Wachstumsdynamik zu beobachten. So fiel die Zunahme im Jahr 2017 nochmals höher aus als in den Vorjahren. Einen Anstieg im gegenwärtigen Ausmaß gab es zuletzt im Jahr 2007. Insgesamt wurde für die Zahl der Erwerbstätigen nunmehr der höchste Stand seit der deutschen Vereinigung erreicht. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte glichen negative demografische Effekte mehr als aus. Dabei haben auch im Jahr 2017 zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – insbesondere aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten – für positive Impulse bei der Erwerbstätigkeit gesorgt. Zunehmend werden auch Auswirkungen der Fluchtmigration Schutzsuchender auf den deutschen Arbeitsmarkt sichtbar. [↘ Tabelle 3](#)

Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter anstieg, war die Zahl der marginal Beschäftigten im Rahmen von geringfügiger Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten (sogenannte 1-Euro-

Jobs) weiter rückläufig. Damit setzte sich an dieser Stelle der Trend der vergangenen Jahre fort. Auch die Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten nahm im Jahr 2017 ab. In der Summe wuchs die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 2017 um 664 000 Personen (+1,7%) auf fast 40 Millionen. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger sank dagegen im selben Zeitraum um 26 000 Personen (–0,6%) auf 4,3 Millionen. Dieser Rückgang bei der Selbstständigkeit entspricht im Umfang dem des Vorjahres.

Die Zahl der Erwerbslosen ging nach vorläufigen Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung weiter zurück. Nach international einheitlichen Konzepten definiert, waren im Jahresdurchschnitt 2017 knapp 1,7 Millionen Personen erwerbslos. Gegenüber dem Vorjahr sind das 4,5% beziehungsweise 79 000 Erwerbslose weniger. Damit war die Zahl der Erwerbslosen seit der deutschen Vereinigung noch nie so niedrig wie im Jahr 2017. Die Erwerbslosenquote, also der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, sank von 3,9% im Jahr 2016 auf 3,7% im Jahr 2017. Im internationalen Vergleich liegt die Erwerbslosenquote in Deutschland aktuell auf einem sehr niedrigen Niveau und war im Jahr 2017 nur knapp halb so hoch wie im EU-Durchschnitt. In den Mitgliedstaaten der EU wird die Zahl der Erwerbslosen in harmonisierter Form mit der Arbeitskräfteerhebung erfasst, die in Deutschland in den Mikrozensus integriert ist.

**Tabelle 3**  
Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität<sup>1</sup>

	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose <sup>2</sup>	Geleistete Arbeitsstunden <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter: Arbeitnehmer/-innen			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000		Mill.		Index (2010=100)		
2015	43 069	38 710	1 950	58 923	108,6	103,4	105,0
2016	43 638	39 305	1 774	59 286	110,7	104,0	106,4
2017	44 276	39 969	1 695	60 015	113,1	104,8	107,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
2016	+ 1,3	+ 1,5	– 9,0	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,3
2017	+ 1,5	+ 1,7	– 4,5	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,0

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2010=100) je durchschnittlich Erwerbstätigen.

2 Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

3 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Abweichend von den methodischen Konzepten der EU-Arbeitskräfteerhebung veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit eigene Ergebnisse zu den registrierten Arbeitslosen, die mit den Definitionen des Sozialgesetzbuches (SGB) übereinstimmen. Danach waren im Jahresdurchschnitt 2017 mit 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen rund 158 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als noch ein Jahr zuvor. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % im Jahr 2017.

Neben den Erwerbstätigen spielt der Kapitalstock beziehungsweise das Anlagevermögen als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Das Anlagevermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Wohnbauten und Nichtwohnbauten; Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Ausrüstungen sowie militärische Waffensysteme; geistiges Eigentum bestehend aus Forschung und Entwicklung, Urheberrechten, Software und Datenbanken sowie Suchbohrungen; außerdem Nutztiere und Nutzpflanzungen. Das Anlagevermögen wird aus den Investitionen der Vergangenheit und den geschätzten durchschnittlichen ökonomischen Nutzungsdauern der verschiedenen Anlagegütergruppen mittels einer Kumulationsmethode ermittelt. Als Indikator für die Entwicklung des Kapitalstocks dient der Kettenindex für das preisbereinigte Bruttoanlagevermögen. Aus dem Anlagevermögen werden die volkswirtschaftlichen Abschreibungen abgeleitet. Sie sind ein Maß für die Nutzung beziehungsweise

den Wertverzehr des Anlagevermögens in einer Periode.

➤ **Tabelle 4**

Am Jahresende 2017 waren in der deutschen Volkswirtschaft Anlagegüter mit einem Neuwert von 18,5 Billionen Euro für Produktionszwecke vorhanden. Preisbereinigt waren es 8,5 % mehr Anlagegüter als 2010 und 1,2 % mehr als 2016. Die Kapitalproduktivität ist im Jahr 2017 erneut gestiegen (+ 1,0 %), weil das Bruttoinlandsprodukt mit + 2,2 % das vierte Jahr in Folge stärker als der Kapitalstock gewachsen ist. Damit liegt der Index der Kapitalproduktivität mit dem Referenzjahr 2010 = 100 in Höhe von 104,3 nahezu exakt auf dem gleichen Niveau wie zehn Jahre zuvor (104,4). ➤ **Grafik 3**

Wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben, zeigt die Kapitalintensität. Dazu wird das Bruttoanlagevermögen am Jahresende in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Im Jahr 2017 waren je Erwerbstätigen (im Durchschnitt der Volkswirtschaft) Anlagegüter mit einem Neuwert, das heißt zu Wiederbeschaffungspreisen technisch gleicher, aber neuer Güter, von rund 417 000 Euro vorhanden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen im Jahr 2017 preisbereinigt um 0,3 % zurückgegangen, nachdem er bereits im Jahr zuvor um 0,1 % gesunken war.

**Tabelle 4**

**Bruttoanlagevermögen, Kapitalproduktivität und Kapitalintensität**

	Bruttoanlagevermögen <sup>1</sup>		Kapitalproduktivität <sup>2</sup>	Kapitalintensität <sup>3</sup>
	Wiederbeschaffungspreise	preisbereinigt, verkettet		
	Mrd. EUR	2010 = 100		
2015	17 300	105,9	102,5	100,9
2016	17 807	107,2	103,2	100,8
2017	18 474	108,5	104,3	100,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
2016	+ 2,9	+ 1,2	+ 0,7	- 0,1
2017	+ 3,7	+ 1,2	+ 1,0	- 0,3

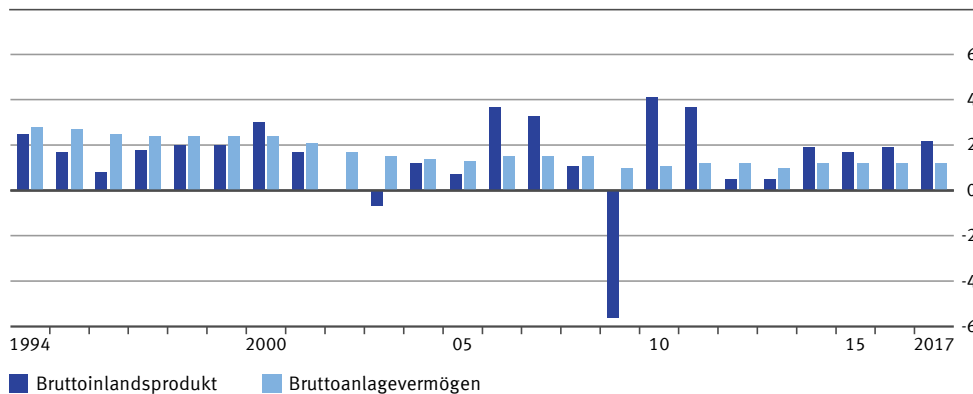
1 Bestand am Jahresende.

2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100.

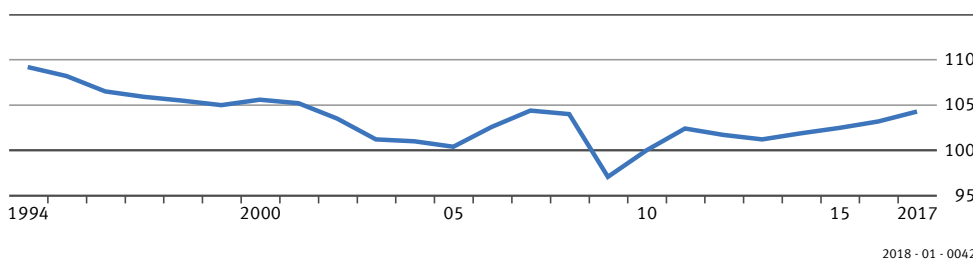
3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je Erwerbstätigen (umgerechnet auf Messzahlen 2010 = 100).

**Grafik 3**

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Bruttoanlagevermögen  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Entwicklung der Kapitalproduktivität  
2010 = 100



2018 - 01 - 0042

## 3

### Entstehung des Inlandsprodukts

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den auf internationaler Ebene harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Die Bruttowertschöpfung und der Produktionswert der Wirtschaftsbereiche werden somit ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt. Gütersteuern und Gütersubventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten oder gehandelten Gütern sind (zum Beispiel Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich

der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche hinzugefügt.

Nach den derzeitigen Erkenntnissen hat sich im Jahr 2017 die Zunahme der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche im Vergleich zum Vorjahr nochmals beschleunigt. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche lag – obwohl drei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen – um 2,2% über dem Wert des Jahres 2016, nach früheren Veränderungs-raten von +1,9% (2016) und +1,7% (2015). Die konjunkturelle Entwicklung steht dabei auf einem immer breiteren Fundament: Lieferten im Jahr 2013 noch neun von zwanzig zusammengefassten Wirtschaftsbereichen einen negativen Wachstumsbeitrag zur Entwicklung der gesamten preisbereinigten Bruttowertschöpfung, waren es im Jahr 2014 acht Bereiche, im Jahr 2015 vier, im Jahr 2016 drei und im Jahr 2017 nur noch ein Bereich (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei). Ein derart breit

angelegtes Wachstum war im Zeitraum seit der deutschen Vereinigung noch nicht zu verzeichnen gewesen. Die Wachstumsimpulse kamen im Jahr 2017 eher aus dem Produzierenden Gewerbe (+ 2,4 %), die zusammengefassten Dienstleistungsbereiche entwickelten sich mit + 2,2 % etwas schwächer. Im Vorjahr waren diese beiden Bereiche noch mit demselben Tempo gewachsen (jeweils + 1,9 %). Nachfolgend werden die einzelnen Wirtschaftsbereiche ausführlicher beschrieben.

Im gemessen an der Bruttowertschöpfung sehr kleinen Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei war im Jahr 2017 wie bereits im Jahr zuvor ein leichter Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,7 % zu verzeichnen (2016 gegenüber 2015: - 0,6 %).

Das Baugewerbe entwickelte sich, begünstigt von milder Witterung im ersten Quartal, im Jahr 2017 mit einem Zuwachs von 2,2 % stärker als in den beiden Vorjahren (2015: + 0,0 %, 2016: + 1,9 %). Dabei wuchsen der Hochbau mit + 4,6 % und der Tiefbau mit + 4,7 % deutlich dynamischer als das Ausbaugewerbe (+ 1,2 %). Eine weitere Beschleunigung des Wachstums in der Bauwirtschaft erscheint unwahrscheinlich. So gingen die Baugenehmigungen (Rauminhalt – neue Gebäude) als vorauslaufender Indikator von Januar bis November 2017 um 2,6 % gegenüber den Vorjahresmonaten zurück.

Zudem sind mittlerweile angebotsseitige Restriktionen infolge der hohen Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft zu vermuten; darauf deuten auch die überdurchschnittlich stark steigenden Preise hin.

Das Produzierende Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht, konnte im Jahr 2017 um 2,5 % zulegen. Das Verarbeitende Gewerbe als dessen größter Teilbereich verzeichnete mit + 2,7 % den stärksten Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung seit dem Jahr 2014. Angesichts ausgesprochen optimistischer Unternehmenserwartungen und kräftig gestiegener Auftragseingänge (von Januar bis November 2017 um + 5,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) ist ein schwungvoller Beginn in das neue Jahr zu erwarten. Im gemessen an der Bruttowertschöpfung nicht mehr bedeutenden Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2017 nur unwesentlich (+ 0,5 %), ebenso wie in der Energie- und Wasserversorgung (+ 0,5 %), einem weiteren Unterbereich des Produzierenden Gewerbes. [↘ Tabelle 5, Grafik 4](#)

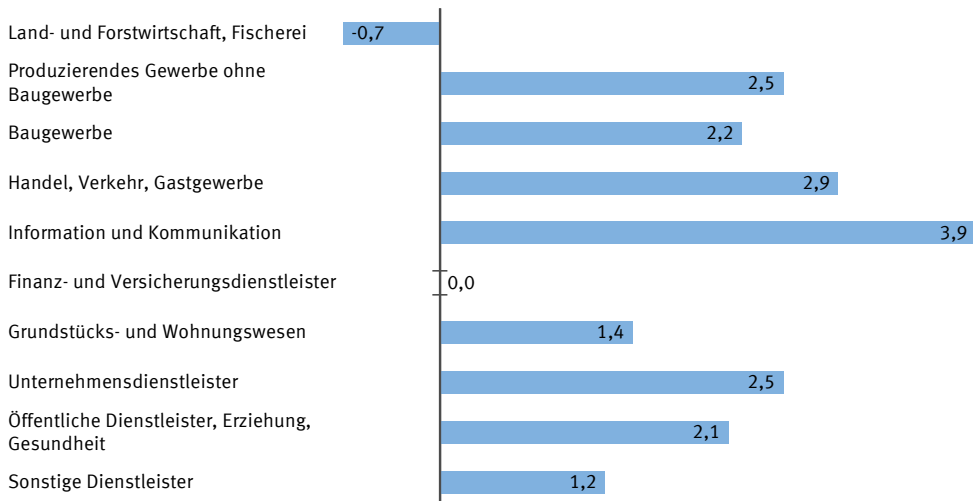
Einen überdurchschnittlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung verzeichnete im Jahr 2017 der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+ 2,9 %). Insbesondere der Han-

**Tabelle 5**  
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	Bruttowertschöpfung	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche								
			zusammen	darunter:		zusammen	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Finanz- und Versicherungsdienstleister	Grundstücks- und Wohnungswesen	Unternehmensdienstleister	Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Dienstleister	
				Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe									
<b>in jeweiligen Preisen</b>														
Mrd. EUR														
2015	2 740,2	16,9	836,6	632,0	124,9	1 886,7	440,5	129,1	111,5	299,5	301,3	493,4	111,5	
2016	2 831,9	17,4	863,5	648,8	134,9	1 951,0	454,0	134,3	111,5	308,9	312,6	514,6	115,1	
2017	2 939,6	21,5	897,8	672,0	145,0	2 020,2	474,0	138,4	110,9	317,8	323,6	536,8	118,7	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
2016	+ 3,3	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,7	+ 8,0	+ 3,4	+ 3,1	+ 4,0	- 0,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,3	+ 3,3	
2017	+ 3,8	+ 23,8	+ 4,0	+ 3,6	+ 7,5	+ 3,5	+ 4,4	+ 3,1	- 0,5	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,3	+ 3,1	
<b>preisbereinigt</b>														
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
2016	+ 1,9	- 0,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 0,9	
2017	+ 2,2	- 0,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,9	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,2	

## Grafik 4

**Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2017**  
preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



2018 - 01 - 0043

del zeigte sich dynamisch – trotz der Tatsache, dass vier Verkaufstage weniger als im Vorjahr zur Verfügung standen. Die Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung resultierte wie bereits im Vorjahr aus einem starken Anstieg im Kraftfahrzeughandel (+3,7%). Zugleich konnte der Großhandel einschließlich Handelsvermittlung im Jahr 2017 mit ebenfalls +3,7% nach zwei schwächeren Jahren wieder an die Wachstumsrate des Jahres 2014 (+3,5%) anknüpfen. Der Einzelhandel steigerte seine Wertschöpfung mit +2,6% im Jahr 2017 deutlich schwächer als in den vergangenen drei Jahren. Im Bereich Verkehr und Lagerei war im Jahr 2017 ein Anstieg um 2,1% zu verzeichnen – trotz einiger bedeutender Einschränkungen, beispielsweise durch die zeitweilige Sperrung einer der zentralen europäischen Eisenbahntrassen oder der Insolvenz von Air Berlin. Im Gastgewerbe hat sich die stabil positive Entwicklung der vergangenen drei Jahre fortgesetzt: Die Zunahme der Bruttowertschöpfung fiel mit preisbereinigt +2,3% im Jahr 2017 leicht höher aus als in den Jahren 2016 und 2015.

Bei den weiteren Dienstleistungsbereichen konnte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2017 entweder erhöht oder zumindest der Stand des Jahres 2016 gehalten werden: Mit am stärksten ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation gestiegen. In diesem Bereich hat sich die Zunahme der

wirtschaftlichen Leistung von +2,7% im Jahr 2016 auf +3,9% im Jahr 2017 erhöht. Bei dem zusammengefassten Bereich der Unternehmensdienstleister fiel die Zunahme der wirtschaftlichen Leistung mit 2,5% um 0,7 Prozentpunkte höher aus als im Jahr 2016 (+1,8%). Dabei hat die Wirtschaftsleistung der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleister, die beispielsweise die Rechts- und Steuerberatung, Architektur- und Ingenieurbüros umfassen, im Gegensatz zum Jahr 2016 im Jahr 2017 mit +2,4% etwas schwächer zugenommen als die der sonstigen Unternehmensdienstleister (+2,6%), zu denen unter anderem die Zeitarbeitsbranche zählt. Im zusammengefassten Bereich der Öffentlichen Dienstleister, Erziehung, Gesundheit war mit +2,1% eine vergleichbare Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung wie im Jahr 2016 zu verzeichnen (+2,2%).

Zum Wirtschaftsbereich der Sonstigen Dienstleister zählen beispielsweise die verschiedenen kulturellen Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen, das Spiel-, Wett- und Lotteriewesen, die sportlichen Einrichtungen sowie die Interessenvertretungen. Hier hat im Jahr 2017 die preisbereinigte Bruttowertschöpfung leicht um 1,2% zugenommen, nach +0,9% im Jahr zuvor. Ebenso konnte das Grundstücks- und Wohnungswesen, das auch den Teilbereich der Wohnungsvermietung umfasst, die Wirtschaftsleistung im Jahr 2017 im Vergleich zum



Vorjahr steigern, und zwar um 1,4%. Bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern kam es im Jahr 2017 hingegen zu keiner Ausweitung der Wirtschaftsleistung. In diesem Wirtschaftsbereich war die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2017 genauso hoch wie im Jahr 2016.

Bei den aktuellen Berechnungen wird in vielen Dienstleistungsbereichen aufgrund fehlender Informationen zum Umsatz auf Erwerbstätigenzahlen und Ergebnisse der Arbeitsvolumenrechnung zurückgegriffen. Aus diesen Informationen werden unter Berücksichtigung der (zurückliegenden) Produktivitätsentwicklungen die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet. Daneben werden für die Wirtschaftsbereiche des Verkehrs und der Telekommunikation die vierteljährlichen Ergebnisse der Konjunkturstatistik in den Dienstleistungen verwendet. Neben der Entwicklung des Arbeitsvolumens werden für einzelne Unterbereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen zusätzlich auch spezifische aktuelle Informationen, beispielsweise im Gesundheitswesen die Ausgabenentwicklung der Krankenkassen, laufend berücksichtigt.

Die Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) entwickelten sich im Jahr 2017 mit derselben Veränderungsrate wie die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (jeweils +2,2%). In der Folge gibt es – wie im Vorjahr – keine Diskrepanz zwischen der Entwicklung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung und der des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen nahm im Berichtsjahr 2017 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche um 3,8% zu. Das nominale Bruttoinlandsprodukt lag ebenfalls um 3,8% über dem Ergebnis des Vorjahres. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Gewisse Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsrate der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu den Veränderungsrate der preisbereinigten Werte ziehen; allerdings sind dabei die Effekte der getrennten Deflationierung von Produktionswert und Vorleistungen zu beachten (sogenannte doppelte Deflationierung).

Anhand der nominalen Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche lässt sich auch die Struktur der Wirtschaft und deren Wandel im Zeitablauf darstellen. Da sich strukturelle Verschiebungen für gewöhnlich langsam vollziehen, ist die Betrachtung über mehrere Jahre hinweg aussagekräftiger. Auffallend ist hier zum einen die Entwicklung des Baugewerbes, das nach seinem Tiefststand im Jahr 2006 (3,8% der gesamten Wertschöpfung) und einer kontinuierlichen und besonders in den jüngst zurückliegenden Jahren dynamischen Zunahme im Jahr 2017 wieder einen Anteil von 4,9% erreichte. Vergleichbare Zuwächse in diesem Zeitraum erreichte auch das Gesundheits- und Sozialwesen (von 6,5% im Jahr 2006 auf 7,7% im Jahr 2017). Gemessen an der Bruttowertschöpfung verloren die Finanz- und Versicherungsdienstleister hingegen an Bedeutung. Während dieser Bereich im Jahr 2006 noch einen Anteil von 5,1% an der gesamten Wertschöpfung hatte, waren es 2017 nur noch 3,8%. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft ist in Deutschland in den vergangenen Jahren (mit Ausnahme des Jahres 2009) dagegen weitgehend konstant geblieben (2017: 30,5%), während im europäischen Durchschnitt tendenziell ein leichter Rückgang zu konstatieren ist.

---

## 4

---

### Verwendung des Inlandsprodukts

---

Positive Wachstumsimpulse kamen 2017 auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts primär aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0% höher als ein Jahr zuvor, die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit +1,4% unterdurchschnittlich.

Die Bruttoinvestitionen, zu denen neben den Bruttoanlageinvestitionen noch die Vorratsveränderungen zählen, waren preisbereinigt um 3,6% höher als 2016. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen legten 2017 im Vorjahresvergleich überdurchschnittlich zu (+3,0%). Die Bauinvestitionen stiegen dabei um 2,6%. In Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde preisbereinigt 3,5% mehr investiert als im Vorjahr. Die Sonstigen Anlagen, zu denen unter anderem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehören, lagen ebenfalls um 3,5% über dem Vorjahresniveau.

**Tabelle 6**

**Verwendung des Inlandsprodukts**

Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung											Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Nachrichtlich:	
	insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen								Exporte	Importe
		zusammen	private Konsumausgaben	Konsumausgaben des Staates	zusammen	Bruttoanlageinvestitionen				Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	von Waren und Dienstleistungen			
					zusammen	Ausrüstungen <sup>1</sup>	Bauten	sonstige Anlagen <sup>2</sup>						
<b>in jeweiligen Preisen</b>														
Mrd. EUR														
2015	3 043,7	2 800,3	2 217,5	1 630,5	587,1	582,8	604,3	200,8	291,0	112,5	- 21,5	243,3	1 426,7	1 183,4
2016	3 144,1	2 893,4	2 289,8	1 674,4	615,4	603,6	630,0	205,8	304,5	119,7	- 26,4	250,6	1 450,0	1 199,4
2017	3 263,4	3 015,2	2 375,8	1 737,7	638,1	639,4	660,9	213,4	322,0	125,4	- 21,4	248,1	1 542,6	1 294,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2016	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,7	+ 4,8	+ 3,6	+ 4,3	+ 2,5	+ 4,6	+ 6,4	- 5,0	+ 7,3	+ 1,6	+ 1,4
2017	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 5,9	+ 4,9	+ 3,7	+ 5,8	+ 4,8	+ 5,0	- 2,5	+ 6,4	+ 7,9
<b>preisbereinigt</b>														
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2016	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1	+ 3,7	+ 2,1	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,7	+ 5,5	- 0,2	- 0,3	+ 2,6	+ 3,9
2017	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,4	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,6	+ 3,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 4,7	+ 5,2

1 Einschließlich militärischer Waffensysteme.  
 2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.  
 3 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Die deutschen Ausfuhren konnten im Jahresdurchschnitt 2017 weiter zulegen: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 4,7 % höher als im Vorjahr. Die Importe legten im gleichen Zeitraum stärker zu (+ 5,2 %). Der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen, trug rein rechnerisch +0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. [↘ Tabelle 6](#)

Die privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen stiegen im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 % – dies ist der stärkste Zuwachs seit 1994. Im Jahr 2016 betrug der Zuwachs 2,7 %. Preisbereinigt stiegen die privaten Konsumausgaben 2017 um 2,0 %, nach + 2,1 % im Jahr 2016. Der implizite Preisanstieg im Jahr 2017 betrug somit 1,8 %. Die privaten Konsumausgaben stiegen mit 3,8 % schwächer als das verfügbare Einkommen mit 3,9 %.

[↘ Tabelle 7](#) stellt die Konsumausgaben der privaten Haushalte in jeweiligen Preisen nach Ausgabearten dar. Im Jahr 2017 haben die privaten Haushalte für alle Verwendungszwecke mehr Geld als im Vorjahr ausgegeben. Insbesondere im Bereich Verkehr, Nachrichtenübermittlung erhöhten sich die Konsumausgaben mit 6,1 % überdurchschnittlich: Die Verbraucherinnen und Verbraucher gaben vor allem mehr aus für die Käufe von Kraftfahrzeugen, aber auch von Kraftstoffen. Die privaten Haushalte konsumierten auch mehr Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. In diesem Bereich stiegen die Konsumausgaben der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr um 4,5 %, im Jahr 2016 betrug der Zuwachs 1,9 %. Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur stiegen die Konsumausgaben um 4,1 %, im Jahr 2016 waren es noch 3,5 %. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Wohnung, Wasser, Strom und Gas erhöhten sich mit 2,8 % weniger stark als bei den anderen Ausgabearten, stiegen aber stärker als in den Vorjahren. Starke Preisanstiege waren bei Heizöl (+ 17,0 %) und Flüssiggas (+ 18,0 %) zu

**Tabelle 7**

**Private Konsumausgaben**

	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner/-in	
		zusammen	darunter: Käufe nach Verwendungszwecken <sup>1</sup>							
			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke <sup>2</sup>			
<b>in jeweiligen Preisen</b>										
	Mrd. EUR								EUR	
2015	1 630,5	1 577,2	214,4	370,9	263,8	138,9	551,3	53,3	19 960	
2016	1 674,4	1 619,1	218,4	376,6	272,9	143,8	566,1	55,3	20 335	
2017	1 737,7	1 680,2	228,1	387,2	289,7	149,7	584,3	57,4	21 020	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
2016	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,8	+ 1,9	
2017	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,5	+ 2,8	+ 6,1	+ 4,1	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,4	

1 Käufe der privaten Haushalte im Inland.

2 Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, Gesundheitspflege, Bildungswesen, Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

verzeichnen, deren Preisrückgänge im Jahr 2016 noch dämpfend wirkten.

Die privaten Konsumausgaben je Einwohnerin beziehungsweise je Einwohner erhöhten sich ebenfalls. Während im Jahr 2016 die Verbraucherinnen und Verbraucher durchschnittlich Waren und Dienstleistungen im Wert von 20 335 Euro konsumierten, waren es im Jahr 2017 je Einwohnerin und Einwohner 21 020 Euro beziehungsweise 3,4 % mehr. Im Vergleich zum Jahr 2000 stieg der Pro-Kopf-Konsum um rund 6 173 Euro.

Die Konsumausgaben des Staates waren 2017 in jeweiligen Preisen 3,7 % höher als im Vorjahr; preisbereinigt ergab sich eine Zunahme um 1,4 %. Dabei lagen die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften in jeweiligen Preisen um 2,9 % und die der Sozialversicherung um 4,8 % über den Vorjahreswerten. Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich folgendermaßen: Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen (gekaufte Marktproduktion) und der Aufwendungen für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nicht-

**Tabelle 8**

**Konsumausgaben des Staates**

	Insgesamt (Spalte 2 + 5 - 7 + 8)	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung <sup>1</sup>		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen <sup>2</sup>	Soziale Sachleistungen	Nachrichtlich: Konsumausgaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen	darunter: Arbeitnehmerentgelt			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
<b>in jeweiligen Preisen</b>									
	Mrd. EUR								
2015	587,1	131,8	121,7	10,1	286,0	225,7	83,1	252,4	557,5
2016	615,4	138,8	127,9	10,9	294,8	232,9	86,7	268,6	585,0
2017	638,1	142,9	131,0	11,8	306,9	242,7	90,2	278,5	606,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2016	+ 4,8	+ 5,3	+ 5,1	+ 8,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 4,4	+ 6,4	+ 4,9
2017	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,5	+ 8,6	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,6

1 Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen.

2 Einschließlich Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

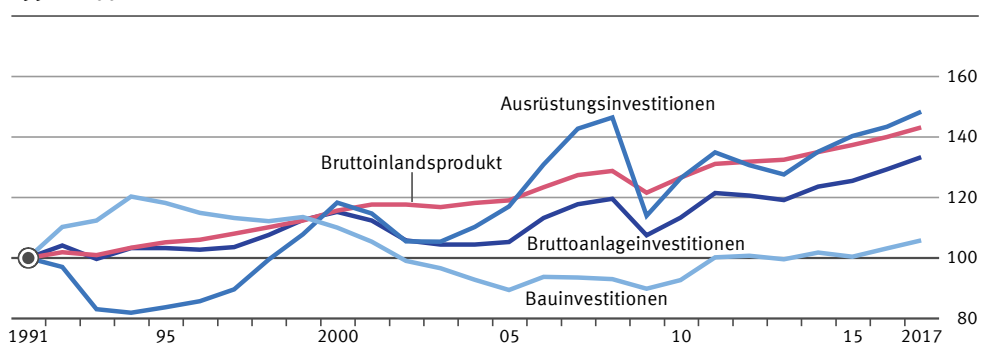
marktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus den Verkäufen dieser Leistungen sowie abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung, zu der insbesondere die selbsterstellte Forschung und Entwicklung zählt. Für das Arbeitnehmerentgelt in der staatlichen Nichtmarktproduktion waren vom Staat in jeweiligen Preisen 4,2% mehr aufzuwenden als noch im Vorjahr. Der Verbrauch an Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion des Staates stieg im Jahr 2017 um 3,0%. Für soziale Sachleistungen gab der Staat 3,7% mehr aus als im Vorjahr. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion (einschließlich der Produktion für die Eigenverwendung) waren im Berichtsjahr um 4,0% höher als ein Jahr zuvor. Wesentliche Gründe für diese Entwicklungen sind im Kapitel 7 zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates dargestellt. [↘ Tabelle 8](#)

Die Bruttoanlageinvestitionen zeigen in jeweiligen Preisen seit dem Berichtsjahr 2010 durchgehend positive Veränderungsdaten. In den Jahren 2012 und 2013 blieben die Zuwächse mit Raten von 1,3% und 0,4% jedoch gering, nicht zuletzt deshalb, weil die Ausrüstungsinvestitionen um 2,4% und 2,1% zurückgegangen waren. Danach nahmen die Ausrüstungen wie alle übrigen Anlagearten wieder zu, wodurch sich die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt belebten und in den Berichtsjahren 2016 und 2017 kräftig um 4,3% und 4,9% auf nunmehr 660,9 Milliarden Euro anstiegen. Dieses seit 2015 (+3,0%) beschleunigte nominale Wachstum wird gleichermaßen durch die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen beflügelt: 2016 nahmen die Ausrüstungen noch um 2,5% und die Bauten um 4,6% zu, 2017 betrugen die jeweiligen Zuwächse 3,7% und 5,8% und damit erheblich mehr, als noch wenige Monate zuvor erwartet werden konnte. Die Veränderungsdaten der sonstigen Anlagen lagen 2016 und 2017 nach heutigem Rechenstand mit +6,4% und +4,8% wie seit 2014 auf stabil hohem Niveau und unterstützten damit ebenfalls die Gesamtentwicklung. Die preisbereinigten Ergebnisse bestätigen diesen Trend, aller-

dings mit Einschränkungen: Bei den recht preisstabilen Ausrüstungen und auch bei den sonstigen Anlagen lagen die preisbereinigten Wachstumsraten im Jahr 2016 nur 0,3 Prozentpunkte beziehungsweise 0,9 Prozentpunkte unter jenen in jeweiligen Preisen. Diese Differenzen machten 2017 lediglich 0,2 Prozentpunkte beziehungsweise 1,3 Prozentpunkte aus. Dagegen betrug der Unterschied 2016 für die Bauten 1,9 Prozentpunkte und 2017 sogar 3,2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der deutliche nominale Zuwachs der Bauinvestitionen im Berichtsjahr 2017 war zur Hälfte inflationsbedingt und betrug preisbereinigt noch 3,2%. Aus Sicht der Sektorenrechnung ergeben die Jahre 2016 und 2017 ein einheitlicheres Bild als die Berichtsjahre zuvor: In den Berichtsjahren 2013 bis 2015 gab es extreme Schwankungen der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen – verursacht durch unetliche Investitionen in militärische Waffensysteme. Diese waren in den letzten beiden Jahren ebenso wenig zu beobachten wie die staatliche Zurückhaltung bei den Bauinvestitionen der Jahre 2012, 2013 und 2015. Vielmehr lagen die Veränderungsdaten der staatlichen und der nicht-staatlichen Investitionen in allen Unterkategorien und somit auch bei den Bruttoanlageinvestitionen relativ nahe beieinander. [↘ Grafik 5, Tabelle 9](#)

Die Ausrüstungsinvestitionen werden seit der Generalrevision 2014 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aggregiert mit den (rein staatlichen) Investitionen in militärische Waffensysteme veröffentlicht. Die Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen nach der Güterstrommethode basiert unter anderem auf detaillierten Informationen der Produktions- sowie der Außen-

**Grafik 5**  
Investitionen und Bruttoinlandsprodukt  
1991 = 100



2018 - 01 - 0044

Tabelle 9

## Bruttoanlageinvestitionen

	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen <sup>1</sup>		
	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen <sup>2</sup>	nicht-staatliche Sektoren	Staat <sup>2</sup>	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat
<b>in jeweiligen Preisen</b>												
Mrd. EUR												
2015	604,3	540,0	64,3	200,8	188,3	12,5	291,0	256,7	34,3	112,5	95,0	17,5
2016	630,0	563,2	66,8	205,8	192,7	13,1	304,5	268,7	35,8	119,7	101,8	17,9
2017	660,9	590,6	70,2	213,4	199,7	13,8	322,0	284,2	37,8	125,4	106,8	18,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2016	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,7	+ 4,3	+ 6,4	+ 7,1	+ 2,3
2017	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,1	+ 3,7	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,8	+ 5,7	+ 5,8	+ 4,8	+ 4,9	+ 3,9
<b>preisbereinigt</b>												
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2016	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,0	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 5,5	+ 6,2	+ 1,7
2017	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,4	+ 4,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,1

1 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

2 Einschließlich militärischer Waffensysteme.

handelsstatistik. Zum Ende des Berichtsjahres 2017 liegen allerdings lediglich die Daten der ersten beiden Quartale nahezu vollständig vor, für das dritte und vor allem für das vierte Berichtsquartal sind ergänzende Schätzungen erforderlich. Die hier dargestellten Resultate für die Ausrüstungsinvestitionen sind mithin noch als besonders vorläufig anzusehen. Sie zeigen trotzdem, dass der nach den kontraktiven Jahren 2012 und 2013 begonnene kräftige Aufschwung sich 2016 nur temporär auf +2,5% in jeweiligen Preisen abgeschwächt hatte. Mit +3,7% im Jahr 2017 nahm der Aufschwung jedoch wieder Fahrt auf. Dabei wuchsen die Ausrüstungen im zweiten Halbjahr sogar stärker als im ersten. Bei konstant hohen Zuwächsen der staatlichen Ausrüstungen um jeweils 5,1% in den Jahren 2016 und 2017 war es vor allem die Belebung des nicht-staatlichen Engagements von +2,4% im Jahr 2016 auf +3,6% im abgelaufenen Jahr, die diese Beschleunigung herbeiführte. Dadurch erreichten die Ausrüstungsinvestitionen mit 213,4 Milliarden Euro erneut ein Allzeithoch. Die preisbereinigten Daten vermitteln ein sehr ähnliches Bild, da der Preisanstieg für Ausrüstungsgüter im Betrachtungszeitraum lediglich ein Viertel Prozent betragen haben dürfte: Mithin wird für das Jahr 2016 ein Wachstum um 2,2% und für 2017 um 3,5% gemessen. Die bislang vorliegenden unterjährigen Informationen schließen nicht aus, dass sich dieser Trend fortsetzen könnte.

Die Bauinvestitionen sind nach ersten Berechnungen im Jahr 2017 preisbereinigt nach +2,7% im Vorjahr erneut merklich um +2,6%, in jeweiligen Preisen sogar um +5,8% auf 322,0 Milliarden Euro gestiegen. Maßgeblich für die stärkere Zunahme im abgelaufenen Jahr waren vor allem die expandierenden nicht-staatlichen Investitionen in Nichtwohnbauten, die 2017 preisbereinigt um 1,7% anwuchsen, nachdem sie 2016 mit +0,1% nahezu stagniert hatten. Dabei verstärkten sowohl der gewerbliche Hochbau als auch der Tiefbau jeweils das Wachstumstempo. Die übrigen Baukategorien entwickelten sich ebenfalls überwiegend positiv, aber nicht mit dieser Beschleunigung. Generell zeigt zwar der Wohnungsbau erheblich stärkere Wachstumsraten (2016 und 2017 preisbereinigt jeweils +4,0%), diese nahmen aber 2017 gegenüber dem Vorjahr nicht so stark zu wie die der Nichtwohnbauten von +0,8% auf +1,9%. Der Sektorenvergleich zeigt, dass die Bauinvestitionen der nicht-staatlichen Sektoren 2016 und 2017 preisbereinigt um 2,7% und 2,6%, also mit nahezu konstanter Rate zulegen. Damit bestimmten sie die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen, die dieselben Zuwachsraten aufwiesen. Hingegen ging die Veränderungsrate der staatlichen Bauinvestitionen von +2,7% im Jahr 2016 auf +2,4% im abgelaufenen Jahr zurück; ihr Wachstum verläuft somit leicht verzögert. Für die Bauinvestitionen insgesamt lagen die Preissteigerungen im Berichtsjahr 2017 durchschnittlich bei 3,1%, was

angesichts der hohen Auslastung nicht überraschen kann. Im Jahr 2016 war noch ein spürbar schwächerer Anstieg der Baupreise um 1,9% festzustellen.

Den Investitionen in sonstige Anlagen wurde mit der Generalrevision 2014 die gewichtige Investitionskategorie „Forschung und Entwicklung“ hinzugefügt. Ihr Jahresvolumen hat sich dadurch über die gesamte dargestellte Zeitreihe seit 1991 mehr als verdreifacht. Dieses Jahresvolumen beziffert sich für das Berichtsjahr 2017 nach aktuellem Schätzungsstand auf 125,4 Milliarden Euro. Die sonstigen Anlagen bestehen dabei zu knapp drei Viertel aus Investitionen in Forschung und Entwicklung, zu gut einem Fünftel aus Investitionen in Software und Datenbanken und zu etwa einem Zwanzigstel aus Investitionen in Urheberrechte. Der geringe Rest setzt sich zusammen aus den Suchbohrungen sowie den Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzen. Die sonstigen Anlageinvestitionen nahmen seit dem Berichtsjahr 2004 insgesamt stetig zu: Nur im Krisenjahr 2009 sanken die privaten Investitionen in sonstige Anlagen geringfügig, während die staatlichen und mit ihnen auch die gesamtwirtschaftlichen Investitionen in sonstige Anlagen durchweg anwuchsen. In den Berichtsjahren 2016 und 2017 stiegen die Investitionen in sonstige Anlagen deutlicher als erwartet um 6,4% und 4,8% in jeweiligen Preisen, womit sie ihren starken Wachstumstrend seit 2014 fortsetzten. Seit demselben Jahr entwickelten sich die nicht-staatlichen Anteile stärker als die staatlichen. Preisbereinigt waren die gesamtwirtschaftlichen Veränderungsraten 2016 und 2017 mit +5,5% und +3,5% durch ihren Preisanstieg von rund einem Prozent nur unerheblich gedämpft. Zu beachten ist allerdings, dass die Daten zu den sonstigen Anlagen vor allem für das jüngste Berichtsjahr überwiegend auf dem Wege indikatorbasierter Schätzungen ermittelt werden müssen.

Im Jahr 2017 erzielte Deutschland erneut einen Exportüberschuss: Der Außenbeitrag erreichte in jeweiligen Preisen einen Wert von 248,1 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist der nominale Außenbeitrag leicht um knapp 2,5 Milliarden Euro gesunken. Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird ermittelt, indem die Importe von Waren und Dienstleistungen von den Exporten von Waren und Dienstleistungen abgezogen werden.

Der nominale Exportüberschuss war auch 2017 von einem deutlichen Überschuss im Warenhandel von 267,9 Milliarden Euro und einem Defizit im Dienstleistungsverkehr von 19,8 Milliarden Euro geprägt. Gleichwohl sind die Wareneinfuhren mit +9,3% erstmals seit 2011 wieder stärker gestiegen als die Ausfuhren (+6,8%).

Auch preisbereinigt sind 2017 die Importe insgesamt mit +5,2% stärker gestiegen als die Exporte (+4,7%). Dabei erhöhten sich die preisbereinigten Warenimporte um 6,0%, die entsprechenden Exporte lagen um 5,2% über dem Niveau des Vorjahres. Die preisbereinigten Dienstleistungseinfuhren wiesen einen Anstieg um 2,6% auf, während die Dienstleistungsausfuhren mit +2,3% im Vorjahresvergleich etwas schwächer gestiegen sind.

Im Jahr 2017 sind sowohl die Exportpreise als auch die Importpreise (nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) gestiegen. Bei den Importpreisen fiel der Anstieg mit +2,6% stärker aus als bei den Exportpreisen, die um 1,6% über dem Stand des Vorjahres lagen. Damit verschlechterten sich erstmals seit 2012 wieder die Terms of Trade (-1,0%).

### ↘ Tabelle 10

Eine Betrachtung des Warenhandels in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik (Deutsche Bundesbank, 2017, hier: Seite 8 ff.) zeigt im Zeitraum von Januar bis September 2017, für den Daten in Ländergliederung zur Verfügung stehen, folgende Regional- und Länderstrukturen: Mehr als die Hälfte des deutschen Warenhandels findet innerhalb der EU statt. Mit 57,7% war der Anteil der deutschen Warenexporte in Länder der EU nahezu identisch mit dem Anteil der deutschen Warenimporte, die aus diesen Ländern stammen (57,8%).

Im Zeitraum von Januar bis September 2017 sind die deutschen Warenexporte insgesamt um 6,5% und die Warenimporte insgesamt um 9,2% gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Stark unterdurchschnittlich hat sich der Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich entwickelt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 sind die Exporte dorthin um 2,5% gesunken, während Deutschlands Importe aus dem Vereinigten Königreich um 7,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen sind. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch beim Handel mit der Türkei. Die deutschen Warenexporte in die Türkei

**Tabelle 10**  
Exporte und Importe

	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
<b>in jeweiligen Preisen</b>							
Mrd. EUR							
2015	1 426,7	1 179,2	247,5	1 183,4	918,1	265,3	243,3
2016	1 450,0	1 194,4	255,6	1 199,4	922,4	277,0	250,6
2017	1 542,6	1 275,6	267,0	1 294,5	1 007,7	286,8	248,1
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>							
	in %						in Mrd. EUR
2016	+ 1,6	+ 1,3	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,5	+ 4,4	+ 7,3
2017	+ 6,4	+ 6,8	+ 4,5	+ 7,9	+ 9,3	+ 3,5	- 2,5
<b>preisbereinigt</b>							
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr						in Prozentpunkten <sup>1</sup>
	in %						
2016	+ 2,6	+ 2,3	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,8	+ 4,4	- 0,3
2017	+ 4,7	+ 5,2	+ 2,3	+ 5,2	+ 6,0	+ 2,6	+ 0,2

1 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

waren in den ersten neun Monaten des Jahres 2017 um 5,6% geringer als im Vorjahreszeitraum, während die Importe aus der Türkei um 4,2% gestiegen sind. Auch der Warenhandel mit der Schweiz weist mit einem Anstieg der Exporte um lediglich 0,6% und einem Rückgang der Importe um 4,5% eine vergleichsweise schwache Entwicklung auf. Auffallend stark waren dagegen die Zuwachsraten im Warenhandel mit der Russischen Föderation. Trotz der weiterhin bestehenden EU-Sanktionen gegen die Russische Föderation waren die Exporte um 27,8% und die Importe um 24,5% höher als im Vorjahreszeitraum. Ebenso sind die deutschen Warenexporte nach China mit +13,6% überdurchschnittlich gestiegen, während der Anstieg der Warenimporte aus China mit +7,8% hinter der Entwicklung der Exporte und der durchschnittlichen Gesamtentwicklung der deutschen Importe zurückgeblieben ist.

## 5

### Gesamtwirtschaftliche Einkommen, Vermögensbildung und Verteilung des Volkseinkommens

Im abgelaufenen Jahr 2017 hat sich das Bruttonationaleinkommen – die umfassendste gesamtwirtschaftliche

Einkommensgröße – um nominal 4,0% gegenüber dem Vorjahr erhöht und damit etwas stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Die unterschiedliche Entwicklung ist auf den Saldo der empfangenen abzüglich der geleisteten Primäreinkommen gegenüber der übrigen Welt zurückzuführen, der für den Übergang vom Bruttoinlandsprodukt nach dem Inlandskonzept auf das Bruttonationaleinkommen nach dem Inländerkonzept einzubeziehen ist. Die per saldo aus der übrigen Welt empfangenen Primäreinkommen erhöhten sich mit +7,6 Milliarden Euro deutlich und lagen damit im Jahr 2017 bei 60,7 Milliarden Euro. [↪ Tabelle 11](#)

Die aus dem Ausland empfangenen Primäreinkommen haben sich im Jahresvergleich um 2,4% erhöht, die an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen waren hingegen mit -2,3% rückläufig. Die gegenläufige Entwicklung hat zu dem deutlichen Anstieg des Saldos der grenzüberschreitenden Primäreinkommen geführt. Dominiert werden die grenzüberschreitenden Primäreinkommen von den Vermögenseinkommen. Dazu zählen Zinsen, die ausgeschütteten grenzüberschreitenden Gewinne aus Unternehmensbeteiligungen und von ausländischen Tochterunternehmen sowie entstandene Gewinne, die unmittelbar im Ausland wieder investiert werden (reinvestierte Gewinne). Die aus dem Ausland erhaltenen Zinszahlungen sind auch aufgrund der niedrigen Zinssätze um etwa 13% zurückgegangen, die an

**Tabelle 11**

**Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt**

	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögenstransfers von der übrigen Welt (Saldo)	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2015	3 043,7	+ 56,1	3 099,8	536,1	2 563,7	- 37,5	2 526,1	2 217,5	308,6	- 1,0	46,7	260,9	243,3
2016	3 144,1	+ 53,1	3 197,2	552,3	2 644,9	- 35,9	2 609,0	2 289,8	319,2	- 1,1	51,3	266,8	250,6
2017	3 263,4	+ 60,7	3 324,1	570,5	2 753,6	- 43,3	2 710,2	2 375,8	334,5	- 3,5	68,9	262,0	248,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2016	+ 3,3	X	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,2	X	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,4	X	+ 9,9	X	X
2017	+ 3,8	X	+ 4,0	+ 3,3	+ 4,1	X	+ 3,9	+ 3,8	+ 4,8	X	+ 34,4	X	X

das Ausland gezahlten Zinsen haben sich um fast 10% reduziert. Dagegen haben sich die aus der übrigen Welt erhaltenen Ausschüttungen einschließlich dort verbliebener reinvestierter Gewinne deutscher Unternehmen mit über 16% deutlich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die an die übrige Welt geleisteten Ausschüttungen einschließlich der im Inland verbliebenen reinvestierten Gewinne ausländischer Eigner lagen im Jahr 2017 um gut 4% über dem Vorjahreswert. Die erhaltenen Ausschüttungen einschließlich reinvestierter Gewinne waren im Jahr 2017 mit rund 96,1 Milliarden Euro fast doppelt so hoch wie die an das Ausland geleisteten Ausschüttungen einschließlich reinvestierter Gewinne (49,0 Milliarden Euro). Grundsätzlich ist gerade bei den Vermögenseinkommen zu beachten, dass zu einem so frühen Zeitpunkt die Angaben aufgrund noch fehlender Ausgangsdaten vorläufig sind und später spürbare Korrekturen erfolgen können. [↘ Tabelle 12](#)

**Tabelle 12**

**Grenzüberschreitende Primäreinkommen**

	2017	Veränderung gegenüber 2016
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	192,6	+ 2,4
Arbeitnehmerentgelt	14,6	+ 4,1
Vermögenseinkommen	173	+ 2,6
Subventionen	5,1	- 9,1
Primäreinkommen an die übrige Welt	131,9	- 2,3
Arbeitnehmerentgelt	12,5	+ 5,5
Vermögenseinkommen	112,4	- 3,2
Produktions- und Importabgaben	6,9	+ 0,0

Sowohl das an Einpendlerinnen und Einpendler gezahlte (+ 5,5%) als auch das von in Deutschland wohnenden Auspendlerinnen und Auspendlern empfangene Arbeitnehmerentgelt aus dem Ausland (+ 4,1%) erhöhten sich im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr. Die an das Ausland geleisteten Produktions- und Importabgaben blieben mit 6,9 Milliarden Euro auf dem Niveau des Vorjahres. Die von der EU an Deutschland gezahlten Subventionen (5,1 Milliarden Euro) waren mit - 9,1% rückläufig.

Die beim Übergang vom Bruttonationaleinkommen zum Nettonationaleinkommen abzuziehenden gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen sind mit + 3,3% gegenüber dem Vorjahr unterproportional gestiegen. Damit ergibt sich beim Nettonationaleinkommen ein Anstieg von 4,1%. Der traditionell negative Saldo von empfangenen abzüglich an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers lag im abgelaufenen Jahr mit - 43,3 Milliarden Euro deutlich über dem Niveau des Vorjahres (- 35,9 Milliarden Euro). Die beiden größten Einzelpositionen der an die übrige Welt geleisteten Transfers sind die Schadensleistungen deutscher Rückversicherungen an das Ausland und die Zahlungen des Staates an die EU im Rahmen der Finanzierung des EU-Haushalts über die Bruttonationaleinkommen- und Mehrwertsteuer-Eigenmittel. Hinzu kommen geleistete Rentenzahlungen an im Ausland lebende Deutsche und ehemals in Deutschland beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer, Transfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sowie Transfers privater Haushalte in das Ausland. Bei den aus dem Ausland erhaltenen Transfers sind die Nettoprämien an in Deutschland ansässige Versicherungen die größte Einzelposition. Der starke Anstieg der per saldo



an die übrige Welt geleisteten Transfers ist auch durch Strafzahlungen eines deutschen Automobilherstellers an die Vereinigten Staaten verursacht, die aufgrund von Manipulationen bei Abgasuntersuchungen von Diesel-Pkw in den Vereinigten Staaten verhängt wurden. Das sich nach Abzug der per saldo geleisteten laufenden Transfers vom Nettonationaleinkommen ergebende verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft erreichte im Jahr 2017 einen Wert von 2 710,2 Milliarden Euro, 3,9% über dem Vorjahresniveau.

Mit einem Anstieg von 3,8% im Vorjahresvergleich lag die Zunahme der Konsumausgaben der Inländer geringfügig unter dem Anstieg des verfügbaren Einkommens der gesamten Volkswirtschaft. Dabei legten die Konsumausgaben des Staates (+ 3,7%) und die privaten Konsumausgaben, das sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, (+ 3,8%) fast in gleicher Größenordnung zu. Da die Konsumausgaben insgesamt im Vergleich zum verfügbaren Einkommen etwas weniger stiegen, kam es beim gesamtwirtschaftlichen Sparen zu einem Plus von 4,8%. Die Nettoinvestitionen, das heißt die Bruttoinvestitionen abzüglich gesamtwirtschaftlicher Abschreibungen, sind im abgelaufenen Jahr mit 68,9 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr (51,3 Milliarden Euro) um 17,6 Milliarden Euro angestiegen. Damit erreichten die Nettoinvestitionen im Jahr 2017 aber nur rund 20% des gesamtwirtschaftlichen Sparens (334,5 Milliarden Euro).

Aus der Differenz von gesamtwirtschaftlichem Sparen bei vergleichsweise geringen Nettoinvestitionen ergibt sich ein weiterhin hoher Finanzierungsüberschuss

gegenüber dem Ausland. Mit 262,0 Milliarden Euro lag er im Jahr 2017 um 4,8 Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert. Dieser hohe außenwirtschaftliche Überschuss ist auf den nach wie vor sehr hohen Überschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr gegenüber dem Ausland (Außenbeitrag) von 248,1 Milliarden Euro zurückzuführen (2016: 250,6 Milliarden Euro). Hinzu kommen die per saldo empfangenen Primäreinkommen aus der übrigen Welt (60,7 Milliarden Euro); abgezogen werden die per saldo geleisteten Vermögenstransfers (3,5 Milliarden Euro) und die per saldo geleisteten laufenden Transfers (43,3 Milliarden Euro).

Das Volkseinkommen, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1%. Um vom Nettonationaleinkommen zum Volkseinkommen zu gelangen, muss die Differenz der vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben und der vom Staat gezahlten Subventionen in Höhe von 318,7 Milliarden Euro vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden. [↪ Tabelle 13](#)

Das Arbeitnehmerentgelt ist im Jahr 2017 um 4,3% auf 1 668,5 Milliarden Euro gestiegen (Inländerkonzept). Die Zunahme des Arbeitnehmerentgelts ist sowohl auf höhere Durchschnittslöhne als auch auf eine gestiegene Arbeitnehmerzahl zurückzuführen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben sich 2017 mit + 3,9% etwas schwächer entwickelt als das Arbeitnehmerentgelt und betragen 766,4 Milliarden Euro. Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass Unternehmens- und Vermögenseinkommen auch Haushalten

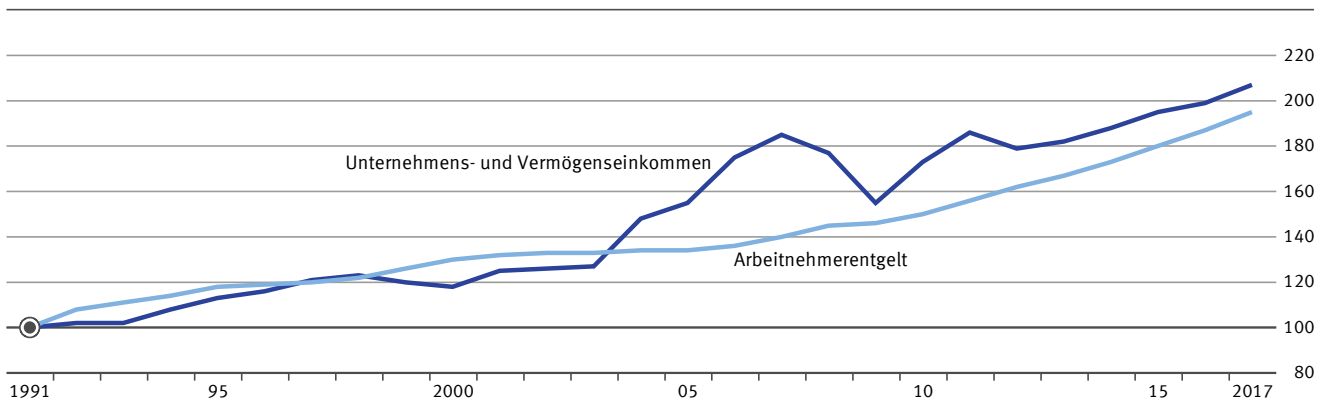
**Tabelle 13**  
Verteilung des Volkseinkommens

	Nettonationaleinkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen <sup>1</sup>	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
	1	2	3	4	5	6
	Mrd. EUR					%
2015	2 563,7	298,8	2 264,9	1 542,3	722,6	68,1
2016	2 644,9	306,9	2 338,0	1 600,3	737,7	68,4
2017	2 753,6	318,7	2 434,8	1 668,5	766,4	68,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
2016	+ 3,2	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,8	+ 2,1	X
2017	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,3	+ 3,9	X

1 Vom Staat empfangene Abgaben beziehungsweise vom Staat gezahlte Subventionen.

**Grafik 6**

**Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen**  
1991 = 100



2018 - 01 - 0045

von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zufließen. Beachtet werden sollte auch, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen aufgrund unzureichender Datenquellen nicht originär, sondern als Saldo aus dem in der Entstehungsrechnung als Restgröße ermittelten Nettobetriebsüberschuss und den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen errechnet werden. Aus diesem Grund weisen sie gewisse Unschärfen auf. Sie sind darüber hinaus im Zeitverlauf wesentlich stärker Schwankungen unterworfen als das kontraktbestimmte Arbeitnehmerentgelt. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, betrug 68,5%, das waren 0,1 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2016. [↘ Grafik 6](#)

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen und ist ein Maß für die Kosten des Faktors Arbeit. Die Bruttolöhne und -gehälter waren 2017 mit 1 368,8 Milliarden Euro um 4,4% höher als im Jahr 2016. Die Veränderungsrate war damit deutlich höher als in den beiden Jahren zuvor, für die jeweils eine Zunahme um 4,0% gemessen wurde. Der Zuwachs im Jahr 2017 resultiert zum einen aus einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer um 2,7% und zum anderen aus einer im Vergleich zum Vorjahr um 1,7% höheren Arbeitnehmerzahl. Damit haben sich sowohl die positive Einkommensentwicklung – im Vorjahr stiegen die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter um 2,5% – als auch der seit mehreren Jahren zu beobachtende Beschäftigungsaufbau fortgesetzt. Die zu diesem frühen Zeitpunkt vorliegenden Indikatoren

deuten darauf hin, dass sich die positive Einkommensentwicklung gegen Ende des Berichtsjahres etwas abgeschwächt hat. [↘ Tabelle 14](#)

Differenziert nach (zusammengefassten) Wirtschaftsbereichen wiesen die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter der im Inland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine unterschiedliche Entwicklung auf. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten im Jahr 2017 die Bereiche Grundstücks- und Wohnungswesen (+4,1%), Unternehmensdienstleister (+3,9%) sowie sonstige Dienstleister (+3,7%). Im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+1,1%), bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern (+1,7%) und im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit +2,0% blieben die Zuwachsraten der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück. In den übrigen Wirtschaftsbereichen lag die Veränderungsrate der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr zwischen +2,2% und +3,1%. Zu berücksichtigen ist, dass die diesen Ergebnissen zugrunde liegenden Berechnungen am aktuellen Rand hohe Schätzanteile aufweisen. Darüber hinaus können auch Veränderungen in der Zusammensetzung beziehungsweise Struktur der Arbeitnehmerschaft die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer beeinflussen.

Der Arbeitsmarkt zeigte auch im Jahr 2017 eine positive Entwicklung. Die Zahl der im Inland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist gegenüber

**Tabelle 14**

**Arbeitnehmerentgelt (Inländer)**

	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber <sup>1</sup>	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer/-innen			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer	
Mrd. EUR							
2015	1 542,3	281,5	1 260,8	424,2	217,1	207,1	836,6
2016	1 600,3	288,9	1 311,5	442,4	227,8	214,6	869,1
2017	1 668,5	299,7	1 368,8	463,9	238,1	225,8	904,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2016	+ 3,8	+ 2,6	+ 4,0	+ 4,3	+ 4,9	+ 3,6	+ 3,9
2017	+ 4,3	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 5,2	+ 4,1

1 Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere die (rechnerischen) Beiträge für die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten.

dem Vorjahr um 1,7 % auf knapp 40 Millionen Personen gestiegen. Das war die größte Zuwachsrate seit dem Jahr 2007. Wie im Vorjahr betraf der Beschäftigungszuwachs ausschließlich die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zeigte ein sehr unterschiedliches Bild. Kräftige Zunahmen verzeichneten der Bereich Information und Kommunikation (+ 3,5 %) sowie die Unternehmensdienstleister (+ 3,1 %). Einen überdurchschnittlichen Beschäftigungsaufbau gab es auch im Baugewerbe (+ 2,2 %) und im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit mit + 2,1 %. Vergleichsweise geringe Zuwachsraten verzeichneten das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit + 0,9 % sowie der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+ 0,3 %). Die Zahl der bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war erneut rückläufig (- 1,6 %). Bei den übrigen Wirtschaftsbereichen lag die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr zwischen + 1,3 % und + 1,9 %. In absoluten Zahlen ausgedrückt gab es den stärksten Beschäftigungsaufbau im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit, in dem im Berichtsjahr 215 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr angestellt waren als 2016.

Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen war 2017 nach vorläufigen Informationen um 0,8 % höher als im Jahr zuvor; je Erwerbstätigenstunde gerechnet ist sie um 1,0 % gestiegen. Die unterschiedliche Entwicklung zwischen dem Personen- und Stundenkonzept resultiert aus dem Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen um 0,2 %. Die Lohnstückkosten werden in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung als Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin

und Arbeitnehmer beziehungsweise je Arbeitnehmerstunde) zur Arbeitsproduktivität gerechnet. Im Berichtsjahr sind die Lohnkosten sowohl je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer als auch je Arbeitnehmerstunde mit jeweils + 2,5 % erheblich stärker gestiegen als die Arbeitsproduktivität. Die Lohnstückkosten waren daher nach dem Personenkonzept um 1,8 % und nach dem Stundenkonzept um 1,5 % höher als 2016.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 % gestiegen. Während die unterstellten Sozialbeiträge, die insbesondere die (rechnerischen) Beiträge für die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten umfassen, um 2,3 % zulegten, sind die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber um 4,0 % gestiegen. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren um 4,6 % höher als 2016. Das höhere Beitragsaufkommen sowohl der Arbeitgeber- als auch der Arbeitnehmerbeiträge resultiert aus der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in den verschiedenen Bereichen der gesetzlichen Sozialversicherung und aus einer Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte. In ihm spiegelt sich zudem die anhaltend gute Einkommens- und Beschäftigungssituation wider.

Ursachen für den vergleichsweise schwachen Zuwachs der Arbeitgeberbeiträge im Jahr 2016 (+ 2,6 %) waren die deutliche Reduzierung des von den Zusatzversorgungskassen des Bundes, der Länder und der Kommunen erhobenen Sanierungsgeldes und die Absenkung der Insolvenzgeldumlage.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Lohnsteuer ab (das Lohnsteuerauf-

kommen war 2017 um 5,2% höher als im Jahr zuvor), so ergeben sich die Nettolöhne und -gehälter. Sie beliefen sich im Berichtsjahr auf 904,9 Milliarden Euro, das waren 4,1% mehr als 2016. Je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer gerechnet sind die Nettolöhne und -gehälter um 2,4% gestiegen.

Der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Arbeitnehmerentgelt lag im Jahr 2017 bei 54,2%, ihr Anteil an den Bruttolöhnen und -gehältern bei 66,1%. Das waren 0,1 Prozentpunkte beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte weniger als im Jahr zuvor.

Wie im Kapitel zuvor erläutert, nahm die Summe der Nettolöhne und -gehälter um 4,1% im Vorjahresvergleich auf 904,9 Milliarden Euro zu. Mit einem Anteil von gut 48% waren die Nettolöhne und -gehälter auch im Jahr 2017 die größte Komponente des verfügbaren Einkommens. Seit dem Jahr 2006, in dem die Nettolöhne und -gehälter weniger als 43% zum verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte beitrugen, hat sich deren Bedeutung vor allem aufgrund der guten Beschäftigungsentwicklung deutlich erhöht. Sie nähert sich dem Niveau Anfang der 1990er-Jahre an, als die Nettolöhne und -gehälter noch fast 49% des verfügbaren Einkommens ausmachten.

Im vergangenen Jahr sind die von privaten Haushalten empfangenen Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen, das heißt der Betriebsüberschuss und die Selbstständigeneinkommen sowie die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen, nach Abschreibungen auf Betriebs- und Immobilienvermögen, aber vor Abzug der direkten Steuern um 4,8% auf 604,4 Milliarden Euro gestiegen. Zu den Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit zählen die Gewinne von Selbstständigen sowie Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmern sowie die unterstellten Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum. Zusammen machen diese fast 35% der den privaten Haushalten zufließenden Unternehmens- und Vermögenseinkom-

## 6

### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) hat sich im abgelaufenen Jahr um 3,9% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Preisindex der privaten Konsumausgaben für das Jahr 2017 eine Preiserhöhung von 1,7% anzeigt, sind auch die realen Einkommen mit +2,2% deutlich gestiegen. [↗ Tabelle 15](#)

**Tabelle 15**

Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte<sup>1</sup>

	Nettolöhne und -gehälter	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Private Konsumausgaben	Sparen (Spalte 6 + 7 - 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Spalte 9 in % von Spalte 6 + 7)	
				Abgaben auf Sozialleistungen <sup>2</sup>	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers <sup>3</sup>						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	Mrd. EUR									%	
2015	836,6	567,1	528,6	96,5	82,2	1 753,7	50,4	1 630,5	173,5	9,6	
2016	869,1	576,9	544,9	99,7	86,2	1 805,0	49,1	1 674,4	179,7	9,7	
2017	904,9	604,4	564,2	105,0	93,1	1 875,3	49,6	1 737,7	187,2	9,7	
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>											
	in %					in Mrd. EUR		in %			
2016	+ 3,9	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,9	- 2,5	+ 2,7	+ 3,5	X	
2017	+ 4,1	+ 4,8	+ 3,5	+ 5,3	+ 6,9	+ 3,9	+ 0,9	+ 3,8	+ 4,2	X	

1 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger/-innen sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger/-innen sozialer Leistungen, Steuern auf Renten und Pensionen.

3 Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich empfangene Schadenversicherungsleistungen, Transfers an die übrige Welt.

men aus. Auf Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften und Entnahmen der Eigentümerinnen und Eigentümer aus ihren Unternehmen entfallen 48% der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Wie bei den Gewinnen von Selbstständigen sowie Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmern ist in den Entnahmen in vielen Fällen auch die Entlohnung für die Arbeitsleistung der Inhaberinnen und Inhaber mit enthalten. Mit einem Anteil von 12% stellen die Kapitalerträge auf privaten Haushalten gehörende Anlagen bei Versicherungen, bei betrieblichen Alterssicherungseinrichtungen sowie auf ausschüttende und thesaurierende Investmentfonds die drittgrößte Position der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Auf die empfangenen Zinsen abzüglich der für Konsumentenkredite geleisteten Zinsen – auf Hypothekenkredite geleistete Zinsen sind eine Abzugsposition bei der Ermittlung unterstellter Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum – entfallen weniger als 5% der gesamten Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Im Jahr 2008, dem Jahr des Beginns der Finanzkrise, hatten die per saldo empfangenen Zinsen noch einen Anteil von 10% an den Unternehmens- und Vermögenseinkommen der Haushalte. Die abnehmende Bedeutung der Zinseinkommen für die Einkommen privater Haushalte ist auf den starken Rückgang der Zinssätze in den letzten Jahren zurückzuführen. Dieser wird zudem noch verstärkt durch die gestiegene Präferenz privater Haushalte, ihr Geldvermögen kurzfristig – und sehr gering verzinst – anzulegen.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen erhöhten sich im Jahr 2017 im Vorjahresvergleich um 3,5% auf 564,2 Milliarden Euro. Mit einem Anteil von gut 60% sind die Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen die größte Position der monetären Sozialleistungen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Geldleistungen um 4,2%. Rund 85% der gesamten Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen entfallen auf die Auszahlungen der Rentenversicherung. Die Rentenzahlungen stiegen im Jahr 2017 um 3,6%. Mit einem Anteil von 6,1% haben die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung, zu denen sowohl Zahlungen an Arbeitslose (ALG I) als auch Kurzarbeiter- und Konkursausfallgeld gehören, gegenüber dem Vorjahr aufgrund der weiterhin guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt an Bedeutung verloren. Die monetären Zahlungen der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der gesetzlichen Unfallversicherung sind zusam-

men um über 15% gestiegen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung weitgehend auf die stufenweise Reform der Pflegeversicherung (Pflegerstärkungsgesetze I, II und III), die zu einem Anstieg der Pflegeleistungen geführt hat. Neben direkten Zahlungen der Pflegeversicherung an Haushalte bei häuslicher Pflege zählen dazu auch Lohnersatzleistungen der Kranken- und Unfallversicherung. Nicht zu den monetären Leistungen zählen die medizinischen Leistungen, die über die Krankenkassen beziehungsweise die Unfallversicherung direkt abgerechnet werden, und die direkt mit der Pflegeversicherung abgerechneten Leistungen vor allem bei stationärer Pflege. Diese sozialen Sachleistungen, die fast achtmal höher sind als die monetären Zahlungen, sind nicht Bestandteil des hier dargestellten verfügbaren Einkommens privater Haushalte nach dem Ausgabenkonzept, sondern in den Konsumausgaben des Staates enthalten.

Die anderen monetären Sozialleistungen, die zusammen knapp 40% der monetären Sozialleistungen ausmachen, erhöhten sich im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 2,5%. Zu anderen Sozialleistungen gehören die Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, die um 2,7% stiegen. Darin sind die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, Leistungen der Versorgungswerke für ehemals selbstständig Tätige, öffentliche Pensionen und Beihilfen sowie seit Einführung der Versicherungspflicht im Jahr 2009 auch die Geldleistungen privater Krankenkassen enthalten. Zudem zählen staatliche Sozialleistungen, wie monetäre Zahlungen der Sozialhilfe, das Kindergeld, das Wohngeld und die Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II), zu den anderen Sozialleistungen. Sie sind 2017 um 2,2% gegenüber 2016 gestiegen.

Da die Abgaben auf Sozialleistungen (+5,3%) stärker stiegen als die Leistungen, fiel die Erhöhung der monetären Sozialleistungen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mit 3,1% geringer aus als vor Abzug der Abgaben. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Sozialbeiträge der Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre zur Kranken- und Pflegeversicherung, die Sozialbeiträge des Staates für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen (zu denen die Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und die Beiträge der Rentenversicherung für Rentnerinnen und Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung gehören) sowie die Einkommensteuer auf Renten und Pensionen.

Um zum verfügbaren Einkommen zu gelangen, sind zudem die per saldo geleisteten sonstigen laufenden Transfers der privaten Haushalte einkommensmindernd abzuziehen. Im Jahr 2017 lagen diese per saldo geleisteten Transfers mit 93,1 Milliarden Euro um 6,9 Milliarden Euro über dem Wert des Vorjahres. Darin enthalten sind die von privaten Haushalten geleistete Kapitalertrag- und die Zinsabschlagsteuer sowie die veranlagte Einkommensteuer ohne die bereits bei der Berechnung der Nettolöhne und -gehälter abgesetzte Lohnsteuer und ohne die Steuern auf Renten und Pensionen, die den Abgaben auf Sozialleistungen zugerechnet werden. In den Saldo fließen auch die Übertragungen privater Haushalte an und aus der übrigen Welt sowie die geleisteten Nettoprämien für Schadensversicherungen abzüglich der empfangenen Schadensversicherungsleistungen ein.

Tabelle 15 zeigt ferner die Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf Konsum und Sparen. Mit 3,8% sind die privaten Konsumausgaben (Konsumausgaben der privaten Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbszweck) im Berichtsjahr etwas weniger stark gestiegen als das verfügbare Einkommen (+3,9%). Die betrieblichen Versorgungsansprüche legten um 0,9% zu. In der Folge liegt die Sparquote mit 9,7% unverändert auf dem Vorjahresniveau. Die Sparquote ist der Quotient aus Sparen und verfügbarem Einkommen, wobei zu beachten ist, dass gemäß dem ESVG 2010 die betrieblichen Versorgungsansprüche zwar Bestandteil des Sparens privater Haushalte sind, jedoch nicht zum verfügbaren Einkommen privater Haushalte zählen. Daher werden zur Ermittlung der Sparquote die betrieblichen Versorgungsansprüche auch zu dem im Nenner stehenden verfügbaren Einkommen hinzugezählt. Wie andere Einkommensgrößen auch wird die Sparquote nach Abzug von Abschreibungen, die im Sektor privater Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck insbesondere für Wohnimmobilien anfallen, ausgewiesen. Werden die Abschreibungen in das Einkommen und Sparen mit einbezogen, erhöhen sich Zähler und Nenner um die Abschreibungen. Die Sparquote vor Abschreibungen – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Bruttosparquote bezeichnet – lag im Jahr 2017 wie schon 2016 bei 17,1%.

## 7

### Einnahmen und Ausgaben des Staates

Der Staatssektor wies im Berichtsjahr 2017 nach vorläufigen Berechnungen einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 38,4 Milliarden Euro auf (nach den Konzepten des ESVG 2010). Damit wurde im vierten Jahr in Folge ein positiver Finanzierungssaldo erreicht, der gegenüber dem Vorjahr (25,7 Milliarden Euro) noch einen deutlichen Anstieg verzeichnete. Im Berichtsjahr 2017 stiegen die Einnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung mit +4,2% etwas kräftiger als deren Ausgaben (+3,4%). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich im Jahr 2017 für den Staat insgesamt eine Überschussquote von 1,2%. [↘ Tabelle 16](#)

Der Bund erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Überschuss von 3,1 Milliarden Euro. Das erreichte Ergebnis blieb insbesondere aufgrund der Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer hinter dem Vorjahresergebnis von +7,4 Milliarden Euro zurück. Die Länder erzielten im Berichtsjahr einen Überschuss von 15,6 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr (+4,9 Milliarden Euro) hat sich der Überschuss somit mehr als verdreifacht. Auch die Gemeinden hatten im Jahr 2017 einen deutlichen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 9,9 Milliarden Euro, 2016 wiesen sie ein Plus von 5,2 Milliarden Euro aus. Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherungen war mit 9,8 Milliarden Euro im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr (+8,2 Milliarden Euro) leicht gestiegen.

Im Jahr 2017 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 474,1 Milliarden Euro (+4,2%). Die Steuern, die etwas mehr als die Hälfte dieser Einnahmen ausmachen, nahmen um 4,8% zu. Grundlage hierfür war abermals die günstige Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung.

Das Aufkommen an Einkommen- und Vermögensteuern erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 6,0%, wobei die Einnahmen aller Unternehmenssteuern anstiegen: die Gewerbesteuer um 4,0%, die Körperschaftsteuer um 4,9% und die veranlagte Einkommensteuer sogar um 11,2%. Der Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer um 5,2% hat sich gegenüber dem Vorjahr (+3,7%) leicht erhöht. Der Effekt der weiterhin positiven Arbeitsmarktentwicklung hat dabei die einkommensdämpfende Wir-

**Tabelle 16**

**Einnahmen und Ausgaben des Staates**

	2015	2016	2017	Veränderung 2017 gegenüber 2016
	Mrd. EUR			%
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschließlich Produktion für die Eigenverwendung)	100,6	104,9	108,7	+ 3,6
+ sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	+ 2,5
+ Vermögenseinkommen	21,3	18,1	17,0	- 6,1
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	698,0	732,0	767,2	+ 4,8
+ Nettosozialbeiträge	500,8	523,8	548,0	+ 4,6
+ sonstige laufende Transfers	20,9	19,9	22,0	+ 10,7
+ Vermögenstransfers	12,4	15,5	11,0	- 29,1
= Einnahmen	1 354,3	1 414,2	1 474,1	+ 4,2
Vorleistungen	142,2	150,0	154,4	+ 2,9
+ Arbeitnehmerentgelt	229,2	236,5	246,6	+ 4,3
+ sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	+ 0,0
+ Vermögenseinkommen	46,4	41,6	38,9	- 6,5
+ Subventionen	27,0	27,8	27,5	- 1,2
+ soziale Sachleistungen	252,4	268,6	278,5	+ 3,7
+ monetäre Sozialleistungen	469,9	486,3	505,4	+ 3,9
+ sonstige laufende Transfers	74,8	75,7	74,2	- 2,0
+ Vermögenstransfers	30,0	36,4	42,2	+ 16,1
+ Bruttoinvestitionen	64,2	66,8	69,3	+ 3,6
+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 1,4	X
= Ausgaben	1 334,9	1 388,6	1 435,7	+ 3,4
	Mrd. EUR			
Finanzierungssaldo	+ 19,4	+ 25,7	+ 38,4	+ 12,7

kung des Abbaus der sogenannten kalten Progression sowie die Anhebung des Kinderfreibetrags beziehungsweise die Erhöhung des Kindergelds überwogen.

Überdurchschnittlich entwickelten sich die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer im Jahr 2017 (+ 11,2%). Das hohe Einkommen der Kapitalertragsteuer ist im Wesentlichen auf die Entwicklung bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaliger Zinsabschlag) zurückzuführen, die mit +24,5% besonders stark anstieg. Letzteres dürfte vorrangig aus der Besteuerung von Veräußerungserträgen resultieren, da das anhaltend niedrige Zinsniveau die Entwicklung des Einkommens aus der Besteuerung von Zinseinkünften doch deutlich einschränken dürfte. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lagen um 7,5% über dem Vorjahresniveau.

Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben erhöhten sich im Jahr 2017 um 3,4%. Dabei stiegen

die Gütersteuern um rund 3,7%, vor allem gestützt vom privaten Konsum und deutlichen Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer (+ 3,8%). Die Grunderwerbsteuer nahm kräftig um + 6,9% zu.

Die Verkäufe des Staates erhöhten sich deutlich (+ 3,6%). Der Anstieg der Nettosozialbeiträge (+ 4,6%) resultiert, wie bereits in den Vorjahren, aus einer positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. Die Einnahmen aus Vermögenstransfers verminderten sich um - 29,1%, da sie im vergangenen Jahr aufgrund einer Rückerstattung von EU-Haushaltsbeiträgen ein außerordentlich hohes Niveau hatten. Dagegen entwickelten sich die Ein-

nahmen aus sonstigen laufenden Transfers (+ 10,7%) positiv. Die empfangenen Vermögenseinkommen sanken abermals (- 6,1%). Ursache hierfür waren vor allem die empfangenen Ausschüttungen (- 12,7%), da sich insbesondere der - nach den Regeln des EStG 2010 buchbare - Gewinn der Deutschen Bundesbank deutlich verringerte.

Die Ausgaben des Staates erhöhten sich um 3,4% gegenüber dem Vorjahr und beliefen sich im Jahr 2017 auf 1 435,7 Milliarden Euro. Die monetären Sozialleistungen nahmen um 3,9% zu, wobei sich die Geldleistungen der Pflegeversicherung mit +45,2% und die Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II) mit +5,4% überproportional erhöhten. Hierin schlugen sich vor allem die Leistungsausweitungen aus dem Pflegestärkungsgesetz II und ein Anstieg der Zahl der Leistungsberechtigten mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II als Folge des Flüchtlingszustroms aus dem Jahr 2015 nieder. Die Pensionen erhöhten sich um

5,0%. Die sozialen Sachleistungen stiegen deutlich (+3,7%), vor allem aufgrund der Leistungsausweitung der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie der Mehrausgaben für medizinische Leistungen. Einen dämpfenden Effekt auf die Entwicklung der sozialen Sachleistungen hatten die gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeren Integrationskosten für Schutzsuchende der Gebietskörperschaften. Die Vorleistungen des Staates nahmen moderat um 2,9% zu. Das Arbeitnehmerentgelt der beim Staat Beschäftigten stieg um 4,3%, was außer auf die Tarifierhöhungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vermutlich auch auf Neueinstellungen zurückzuführen war. Die geleisteten Vermögenstransfers (+16,1%) wuchsen kräftig aufgrund der Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer an davon betroffene Energieunternehmen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen sonstigen Vermögenstransfer an Unternehmen darstellt. Die Bruttoinvestitionen lagen um 3,6% über dem Vorjahresniveau. Dagegen gingen die geleisteten Subventionen (-1,2%) leicht zurück. Die Ausgaben des Staates für zu zahlende Zinsen (-6,5%) sanken wie bereits im Vorjahr stark. Rückläufig waren zudem die sonstigen laufenden Transfers (-2,0%).

## 8

---

### Nationales Veröffentlichungsprogramm

---

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht: zum Beispiel in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS-Online ([www-genesis.destatis.de](http://www-genesis.destatis.de)) sowie in ausgewählten Tabellen auf der Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben und kommentiert sowie das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz vorgestellt.

In diesem Jahr wurde das erste, vorläufige Jahresergebnis für das Jahr 2017 bereits am 11. Januar 2018 im

Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals publiziert, also jeweils Mitte Mai (erstes Quartal), Mitte August (zweites Quartal), Mitte November (drittes Quartal) und Mitte Februar (viertes Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung vorangegangener Quartale. Darüber hinaus werden im August üblicherweise die vier zurückliegenden Jahre einschließlich der dazugehörigen Quartale revidiert (sogenannte laufende Revisionen).

## 9

---

### Fazit

---

Wie in jedem Jahr hat das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres gegeben. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war nach ersten Berechnungen im Jahr 2017 um 2,2% höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9% und 2015 um 1,7% gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3% lag.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten nahezu alle Wirtschaftsbereiche positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2017 beitragen. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 2,2%. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Dienstleistungsbereiche Information und Kommunikation mit +3,9% sowie Handel, Verkehr, Gastgewerbe mit +2,9%. Ebenfalls kräftig legte das Produzierende Gewerbe mit +2,5% zu, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet. Das Baugewerbe nahm im Vergleich zum Vorjahr um +2,2% zu.



Positive Wachstumsimpulse auf der Verwendungsseite kamen 2017 primär aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0% höher als ein Jahr zuvor, die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit +1,4% unterdurchschnittlich. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen legten 2017 im Vorjahresvergleich überdurchschnittlich zu (+3,0%). Die Bauinvestitionen stiegen dabei um 2,6%. In Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde preisbereinigt 3,5% mehr investiert als im Vorjahr. Die Sonstigen Anlagen, zu denen unter anderem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehören, lagen ebenfalls um 3,5% über dem Vorjahresniveau. Die Bruttoinvestitionen insgesamt, zu denen neben den Bruttoanlageinvestitionen die Vorratsveränderungen zählen, waren preisbereinigt um 3,6% höher als 2016. Die deutschen Ausfuhren konnten im Jahresdurchschnitt 2017 weiter zulegen: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 4,7% höher als im Vorjahr. Die Importe legten im gleichen Zeitraum stärker zu (+5,2%). Der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, trug rein rechnerisch +0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.


In jeweiligen Preisen gerechnet stieg das Bruttoinlandsprodukt 2017 im Vorjahresvergleich um 3,8% auf 3 263,4 Milliarden Euro. Das Bruttonationaleinkommen (BNE) erhöhte sich ähnlich stark auf 3 324,1 Milliarden Euro. Die Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in Höhe von 60,7 Milliarden Euro erklärt sich durch den Saldo der Primäreinkommen mit der übrigen Welt.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2017 von knapp 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Vereinigung. Nach ersten Berechnungen waren im Jahr 2017 rund 638 000 Personen oder 1,5% mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Das entspricht der höchsten Zunahme seit dem Jahr 2007. Dieser Anstieg resultiert aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland glichen altersbedingte demografische Effekte aus.

Mit 4,1% stieg das Volkseinkommen, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inlän-

dischen Wirtschaftseinheiten entspricht, im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, betrug 68,5%, das waren 0,1 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2016.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) hat sich im abgelaufenen Jahr um 3,9% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Preisindex der privaten Konsumausgaben für das Jahr 2017 eine Preiserhöhung von 1,7% anzeigt, sind auch die realen Einkommen mit +2,2% deutlich gestiegen.

Der Staatssektor wies im Berichtsjahr 2017 nach vorläufigen Berechnungen einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 38,4 Milliarden Euro auf (nach den Konzepten des ESVG 2010). Damit wurde im vierten Jahr in Folge ein positiver Finanzierungssaldo erreicht; gegenüber dem Vorjahr (25,7 Milliarden Euro) verzeichnete dieser noch einen deutlichen Anstieg. Im Berichtsjahr 2017 stiegen die Einnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung mit +4,2% etwas kräftiger als deren Ausgaben (+3,4%). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich im Jahr 2017 für den Staat insgesamt eine Überschussquote von 1,2%. 

### LITERATURVERZEICHNIS

---

Deutsche Bundesbank. [Zahlungsbilanzstatistik November 2017](#). Statistisches Beiheft 3 zum Monatsbericht. Frankfurt am Main 2017.

Räth, Norbert/Braakmann, Albert. [Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014](#). In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 9/2014, Seite 502 ff.

Statistisches Bundesamt. [Inlandsproduktberechnung – Erste Jahresergebnisse. Fachserie 18 Reihe 1.1](#). Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. [VGR des Bundes – Inlandsproduktberechnung – Vierteljahresergebnisse. Fachserie 18 Reihe 1.2](#). Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. [Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1](#). Fachserie 18 Reihe 1.3. Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. [Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse. Fachserie 18 Reihe 1.4](#). Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. [Inlandsproduktberechnung – Lange Reihen ab 1970. Fachserie 18 Reihe 1.5](#). Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. [Investitionen](#). Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Statistisches Bundesamt. [Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen](#). Verfügbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

---

**Herausgeber**

Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden

---

**Schriftleitung**

Dr. Sabine Bechtold

Redaktionsleitung: Juliane Gude

Redaktion: Ellen Römer

---

**Ihr Kontakt zu uns**

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

---

**Erscheinungsfolge**

zweimonatlich, erschienen im Februar 2018

Das Archiv aller Ausgaben ab Januar 2001 finden Sie unter [www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)

---

**Print**

Einzelpreis: EUR 18,- (zzgl. Versand)

Jahresbezugspreis: EUR 108,- (zzgl. Versand)

Bestellnummer: 1010200-18001-1

ISSN 0043-6143

ISBN 978-3-8246-1068-6

---

**Download (PDF)**

Artikelnummer: 1010200-18001-4, ISSN 1619-2907

---

**Vertriebspartner**

IBRo Versandservice GmbH

Bereich Statistisches Bundesamt

Kastanienweg 1

D-18184 Roggentin

Telefon: +49 (0) 382 04 / 6 65 43

Telefax: +49 (0) 382 04 / 6 69 19

[destatis@ibro.de](mailto:destatis@ibro.de)

---

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61% aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.